

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Erklärung der Bundesregierung zum Afghanistانتag

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag verfolgt mit Besorgnis die andauernde Kriegführung der Weltmacht Sowjetunion gegen das afghanische Volk. 26 Monate nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen haben über 400 000 Afghanen ihr Leben verloren, Hunderttausende wurden verwundet und über 3 Millionen sind aus ihrer Heimat geflohen.
2. Die militärische Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion ist und bleibt völkerrechtswidrig. Sie ist auch unvereinbar mit den internationalen Verpflichtungen der Sowjetunion, so auch dem deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrag vom 12. August 1970.
3. Die fortdauernde Besetzung Afghanistans als Ausdruck globaler sowjetischer Machtpolitik ist neben der Unterdrückung Polens und der sowjetischen Expansion in der Dritten Welt ein wichtiger Grund für die Spannungen im Ost-West-Verhältnis.
4. Der Deutsche Bundestag protestiert gegen die rechtsverachtende Kriegführung der sowjetischen Truppen in Afghanistan. Dörfer werden zerstört und perfide Kriegsmittel sogar gezielt gegen Kinder und Frauen eingesetzt.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - a) dafür einzutreten, daß die sowjetischen Truppen Afghanistan verlassen, das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes uneingeschränkt verwirklicht und dadurch der Frieden im Lande wieder hergestellt wird;
 - b) sich weiterhin für eine politische Lösung nach den Vorschlägen des Europäischen Rates vom 30. Juni 1981 einzusetzen, die ein Ende der Einmischung von außen sowie Afghanistans Zukunft als unabhängiger und ungebundener Staat sicherstellen sollen;
 - c) die afghanischen Freiheitskämpfer und Flüchtlinge durch Gewährung humanitärer Hilfe – insbesondere von Nahrungsmitteln und Medikamenten – zu unterstützen;

- d) den Gedenktag für das afghanische Volk am 21. März 1982
mit wirkungsvollen Maßnahmen zu fördern.

Bonn, den 11. März 1982

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion